

Antrag 16/I/2026**Jusos Brandenburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****zurückgestellt****Für einen handlungsfähigen Staat - Verwaltungsdigitalisierung ernst nehmen.**

1 Die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung
2 setzen sich dafür ein, dass Kommunen und die Lan-
3 desregierung gemeinsam an Open-Source Regelun-
4 gen zur Sicherung der digitalen Souveränität in der
5 öffentlichen Verwaltung arbeiten. Diese Maßnah-
6 me soll eine landeseigene Digitalisierungsstrategie
7 ergänzen und die Umsetzung des Onlinezugangsge-
8 setzes (OZG) unterstützen.
9 Gleichzeitig soll die Landesregierung einen Aktions-
10 plan erarbeiten, wie die bisher digitalisierten Ver-
11 waltungsleistungen vom Reifegrad 1 und 2 bis 2029
12 in die Reifegrade 3 und 4 überführt werden können.
13 Anschließend soll dieser Aktionsplan an den bisher
14 bestehenden Kommunalpakt Brandenburg.

15

Begründung

17 Bürger*innen kommen mit dem Staat meist dann in
18 Kontakt, wenn sie Leistungen in Anspruch nehmen
19 – etwa beim Besuch des Bürgeramts. Zentraleuro-
20 päische Verwaltungskulturen sind aus gutem Grund
21 stark reguliert und legalistisch geprägt: Sie dienen
22 dem Schutz vor Willkür und sichern die Legitimität
23 staatlichen Handelns.
24 Allzu häufig endet der Gang ins Bürgeramt jedoch
25 in Frustration. Formulare sind nicht korrekt aus-
26 gefüllt, Nachweise fehlen oder entsprechen nicht
27 den Anforderungen. Bereits ausgelastete Termin-
28 Kontingente müssen erneut in Anspruch genom-
29 men werden. Bürger*innen erleben staatliche Insti-
30 tutionen dabei oft als starr und unflexibel – und die
31 Verwaltung als überbordend.
32 Eine Demokratie kann es sich jedoch nicht leisten,
33 nicht als dienendes und lebensvereinfachendes Sys-
34 tem wahrgenommen zu werden. Eine funktionie-
35 rende, effiziente Verwaltung in jeder Kommune ist
36 daher zentral, um das Vertrauen in staatliches Han-
37 deln zu stärken.
38 Mit Blick auf die Umsetzung des Onlinezugangsge-
39 setzes (OZG) zeigen sich bundesweit erhebliche Un-
40 terschiede. Neben Baden-Württemberg schneiden
41 auch die ostdeutschen Bundesländer im Vergleich
42 zu anderen Ländern bei der Digitalisierung von Ver-
43 waltungsleistungen unterdurchschnittlich ab. Auch

Digitalminister: Ist gerade im Verwaltungshandeln
und würde dieses Programm von vorne laufen las-
sen

44 innerhalb Brandenburgs bestehen deutliche Diffe-
45 renzen hinsichtlich der seit Inkrafttreten des OZG im
46 Jahr 2017 digitalisierten Leistungen.
47 Die Kommunen stehen dabei vor vielfältigen Her-
48 ausforderungen. Häufig werden Digitalisierungs-
49 strategien isoliert entwickelt und zu wenig koordi-
50 niert gedacht. Um Kompetenzen zu bündeln und ei-
51 ne effektivere Verwaltung zu ermöglichen, braucht
52 es deshalb einen landesweiten Digitalisierungs-
53 Aktionsplan.
54 Nach Schätzungen des ifo Instituts gehen der deut-
55 schen Wirtschaft jährlich rund 146 Milliarden Euro
56 durch überbordende Bürokratie verloren. In Zeiten
57 angespannter Haushaltslagen ist eine vernachläss-
58 sigte Verwaltungsdigitalisierung ein Luxus, den sich
59 keine zukunftsorientierte Regierung leisten kann.
60 Die Jusos Brandenburg schlagen daher vor, im Rah-
61 men eines solchen Aktionsplans eine gemeinsame
62 Konferenz von Land und Kommunen einzurichten,
63 um koordiniert und abgestimmt vorzugehen.
64 Der aktuelle Stand der OZG-Umsetzung verdeutlicht
65 den Handlungsbedarf: Rund 70 Prozent der digitali-
66 sierten Verwaltungsleistungen befinden sich im Rei-
67 fegrad 2. Das bedeutet, dass Anträge zwar online ge-
68 stellt werden können, erforderliche Nachweise je-
69 doch häufig nicht digital eingereicht werden kön-
70 nen. Lediglich etwa 30 Prozent erreichen Reifegrad
71 3. Keine der bisherigen Leistungen befindet sich im
72 Reifegrad 4.
73 Der Gang zum Bürgeramt ließe sich in vielen Fäl-
74 len vermeiden, wenn Nachweise nur einmalig ein-
75 gereicht und Leistungen vollständig digital abge-
76 wickelt werden könnten. Dies würde Bürger*innen
77 entlasten, Verwaltungsprozesse beschleunigen und
78 das Personal in den Behörden spürbar entlasten.
79 Zugleich verändert sich das internationale Umfeld.
80 Die USA werden zunehmend als unzuverlässiger
81 Partner wahrgenommen. Unternehmen wie Micro-
82 soft unterliegen als US-amerikanische Konzerne po-
83 litischen Rahmenbedingungen, die sich kurzfristig
84 verändern können. Um strategische Abhängigkeiten
85 zu vermeiden, ist es daher notwendig, gemeinsam
86 mit europäischen Partnern verstärkt auf europäi-
87 sche Open-Source-Lösungen in der öffentlichen Ver-
88 waltung zu setzen.